

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK

Bushkerry

Eine Wunschliste für George, die auch für John gilt * Josef Joffe*

Wagen wir die Wette: Auch der nächste US-Präsident wird George W. Bush heißen. Den Hauptgrund deutete Bill Clinton schon 2002 an, als er die Parteifreunde warnte: In üblen Zeiten werde das Volk eher den »strong and wrong« wählen als den »Richtigen und Schwachen«. Den zweiten Grund liefert John Kerry, der mit Blick auf Vietnam zugleich den Kriegshelden und den Kriegsgegner gibt, der sich nicht entscheiden kann, ob er für oder gegen den Irak-Krieg war, dessen Positionen so scharf umrissen sind wie ein Batzen Knete. Oder ganz schlicht: Kerry steckt in der »Patriotismusfalle«, aus der es kein Entrinnen gibt.

Die Meinungsumfragen scheinen Clinton Recht zu geben. Der Vorsprung, den Kerry nach dem Juli-Konvent genoss, ist weggeschmolzen; jetzt liegt Bush mit zwei bis drei Punkten vorn, die sich nach dem New Yorker Parteitag gewiss verdreifachen werden. Und das »alte Europa«, das Kerry einen Erdrutschsieg verschaffen würde, darf nicht mitwählen. Tun wir also so, als hieße der nächste Präsident ebenfalls Bush. Was dann?

Hier ist die europäische Wunschliste: weniger Arroganz und dafür mehr von der »bescheidenen Außenpolitik«, die W. im ersten Wahlkampf versprochen hatte, weniger Alleingänge und Gewalt, dafür mehr Diplomatie - insgesamt jene Ernüchterung, die Weisheit gebiert und einer Großmacht viel besser zu Gesicht steht als der Messianismus der

Neokonservativen oder der Nationalismus eines Don Rumsfeld. Darf man`s erhoffen?

Die Antwort ist ein leises Ja, und zwar nicht, weil die Bushisten plötzlich so empfindsam gegenüber Europa geworden wären, sondern weil sie die Grenzen amerikanischer Übermacht erfahren haben. Es ist eben leichter, ein Regime wegzufegen, als einer ganzen Nation Frieden, gar Demokratie zu bringen. Würde Bush es noch einmal machen? Er antwortet verquast, aber dennoch deutlich: Beim nächsten Mal würde er genauer über die »Konsequenzen eines katastrophalen (militärischen) Erfolges« nachdenken.

Und die Europäer? Statt den Bush zum Beelzebub zu machen (was weder Freunde noch Einfluss verschafft), sollten sie etwas kühler über den richtigen Umgang mit Riesen nachdenken. Die größte Macht auf Erden wird sich nicht UN-Mehrheiten unterwerfen, wenn es um ihre Sicherheit geht. Es war auch nicht Bush, sondern Clinton, der sich Kyoto und dem Strafgerichtshof entzog - bloß nicht so rüde, wie es die Bushisten getan haben. Eine kluge Diplomatie versucht nicht, Gulliver zu Fall zu bringen, sondern ihn in seinen eigenen Interessen zu verstricken.

Ethno-Terror, »Säuberung« und gescheiterte Staaten

Zum Beispiel Freihandel: Kein Republikaner war je so protektionistisch wie W. - siehe die Stahlzölle und die törichte Erhöhung

der Agrar-Subsidien. Hier darf man die größte Exportmacht ruhig an ihre eigenen Interessen erinnern - notfalls mit dosierter Vergeltung. Die Fiskal-Politik? Ein Desaster namens »Doppel-Defizit«, das den Dollar ruiniert. Amerika kann kein Interesse am Kollaps seiner Währung haben. Kampf gegen den Terror und Massenvernichtungswaffen? Der funktioniert nur in der breitesten Zusammenarbeit aller Nationen. Dito gegen Aids. Fünfzig Dollar pro Öl-Fass? Europa und Amerika, die beiden größten Energieverzehrer der Welt, haben ein gemeinsames Interesse an der Emanzipation von den Petro-Potentaten in Mittelost, mithin an der Suche nach Einsparung und alternativen Energien. Inzwischen merken auch Bush-Fans, dass sie pro Tankfüllung zehn Dollar mehr hinblättern müssen als vor einem halben Jahr.

Ethno-Terror, »Säuberung«, gescheiterte oder gekaperte Staaten? Entweder man agiert gemeinsam (Afghanistan, Bosnien) oder besser gar nicht (Irak). Vom Schaden klug geworden, hat Bush schon in mehreren Interviews mit arabischen Sendern signalisiert, dass er nicht besonders erpicht auf weitere Invasionen sei. Überhaupt hat sich seine Sprache verändert: Er sieht sich nicht mehr als »Kriegs-«, sondern als »Friedenspräsident«.

Und wenn es doch Kerry wird? Hierzulande regiert die Idee: »Republikaner - rechts - schlecht, Demokraten - links - gut«. Ironischerweise ist Europa mit

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Eisenhower, Nixon, Ford und Bush senior besser gefahren als mit Kennedy oder Carter. Wie dem auch sei: Auch Kerry wird der Präsident einer »Hypermacht« sein, die sich nicht den UN beugen wird, wo Syrien und Nordkorea das gleiche Stimmrecht haben wie die Demokratien. Kümmern sich die

EU-Größen Berlin und Paris um den Stabilitätspakt? Auch Kerry wird eine Nation führen, die sich als Hauptzielscheibe des Terrors sieht. Nur sein Ton ist freundlicher - und sein Französisch besser. Den Kern des Problems zwischen Amerika und Europa wird er aber nicht knacken können: Mit der

Sowjetunion ist auch die gegenseitige strategische Abhängigkeit verschwunden. Der Preis dieser »Friedensdividende« ist die Entfremdung. Umso mehr ist die Pflege der gemeinsamen Interessen gefragt.